



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 03/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des letzten Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

In der Aussprache zur Unterrichtung der Landesregierung am Mittwoch habe ich für die SPD-Landtagsfraktion deutlich gemacht, dass es nicht sein kann, dass sich der Ministerpräsident immer noch schützend vor die Automobilindustrie stellt, anstatt sie zu verpflichten die Kosten für die Hardware-Nachrüstung endlich zu übernehmen. Die Milliardengewinne der Automobilindustrie und die steigende Vergütung unter anderem der Mitglieder des VW-Konzernvorstands auf 50,3 Millionen im letzten Jahr zeigen, dass das Geld hierfür da ist. Schließlich gilt für die Luftreinhaltung das Verursacherprinzip. Die Menschen in NRW haben einen Anspruch auf Luftreinhaltung, denn Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz und somit ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Das, was wir von der Landesregierung bislang gehört haben, reicht jedenfalls nicht, um die Grenzwerte einzuhalten und die Gesundheit der Menschen in NRW zu schützen. Meinen Redebeitrag im Plenum kann man sich [hier](#) anschauen.

In der letzten Woche haben mich zudem zwei Besuchergruppen im Landtag besucht. Zum einen eine Gruppe von Schülerinnen und Schüler des Lore-Lorentz-Berufskolleg in Düsseldorf, deren Diskussionsrunde ich am Montag spontan übernommen habe, sowie eine Gruppe der VHS in Lüdinghausen, die am Donnerstag im Landtag zu Gast war. Neben Fragen zum Weg eines Gesetzes oder ob man eine Karriere als Politiker planen könne, kam man in beiden Gesprächsrunden auch auf die aktuelle Diesel-Debatte zu sprechen. Insbesondere einige Dieselfahrer brachten ihre Sorgen und auch ihre Verunsicherung zum Ausdruck. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass mögliche Diesel-Fahrverbote lediglich in Städten wie Düsseldorf oder Stuttgart in Betracht gezogen werden. Also Städte, in denen die Grenzwerte regelmäßig überschritten werden. Der Kreis Coesfeld ist hiervon nicht betroffen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die laufende Bewerbungsphase für den Jugend-Landtag 2018 hinweisen. Der Jugend-Landtag ist eine tolle Möglichkeit die Arbeit eines Abgeordneten im Parlament für drei Tage hautnah zu erleben. Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren finden sich [hier](#). Gerne darf die Ausschreibung an Interessierte weitergeleitet werden. Ich freue mich auf jede Bewerbung und möchte mich schon jetzt für das Interesse bedanken.

Ich wünsche Ihnen und euch nun viel Spaß beim Lesen des Newsletters und vor allem frohe und sonnige Ostertage.

Beste Grüße

André Stinka MdL

CDU OPFERT BEI DER LADENÖFFNUNG DAS „C“ FÜR DIE FDP-MARKTENTFESSELUNG



Kernstück des von der Mitte-Rechts-Koalition eingebrachten "Entfesselungspakets I" ist die Überarbeitung des Ladenöffnungsgesetzes. Das bisherige Ladenöffnungsgesetz bietet aus Sicht der SPD ausreichend Möglichkeiten für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen. Zur dennoch beschlossenen Ausweitung der Sonntagsöffnungszeiten erklärt André Stinka: „Die Scheinheiligkeit der CDU ist nicht zu überbieten. Während Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) um die christlichen Werte als das alles zusammenhaltende Moment der CDU in Sonntagsreden bemüht, schränkt die CDU im Landtag NRW zusammen mit der FDP die Sonntagsruhe weiter ein. So hat auch der CDU-Abgeordnete Dietmar Panske für die rechtlich umstrittene Neuregelung des Ladenöffnungsgesetzes gestimmt, die gegen den Protest der Kirchen eine Ausweitung von bislang vier auf nunmehr acht Sonntage im Jahr ermöglicht. Den Nutzen haben vor allem die große Einzelhandelsketten: Eine echte Wettbewerbsverbesserung gegenüber dem rund um die Uhr an 365 Tage im Jahr geöffneten Online-Handel stellt dieses plumpe Manöver nicht dar. Die Last tragen die Beschäftigten im Einzelhandel und deren Familien durch die fortschreitende Entgrenzung von Arbeitszeiten.

Gleichzeitig hat die FDP noch einmal deutlich gemacht, dass sie bewusst und aus ideologischen Gründen den kurz vor einem Ergebnis stehenden Runden Tisch mit Gewerkschaften, Kirchen, Einzelhandelsverbänden und Landesregierung hat platzen lassen, um die vor allem von ihr gewollte Ausweitung der Ladenöffnungszeiten durchzusetzen. Der Runde Tisch war eine Chance, mehr Rechtsfrieden zu erreichen. Die Entscheidung wird zahlreiche Klagen gegen kommunale Entscheidungen für verkaufsoffene Sonntage nach sich ziehen.

Ich fordere den örtlichen CDU-Abgeordneten Dietmar Panske auf, zu seinem Abstimmungsverhalten Stellung zu nehmen und darzulegen, wie er dies mit den christlichen Werten und dem verfassungsrechtlichen Gebot der Sonntagsruhe in Einklang bringt.“

ENTGELTGLEICHHEIT IST EINE GERECHTIGKEITSFRAGE!

„Noch immer sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen gravierend“, erklärt André Stinka anlässlich des Equal Pay Day am 18. März, der nunmehr seit 10 Jahren auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen aufmerksam macht. Laut statistischem Bundesamt beträgt der geschlechtsspezifische Entgeltunterschied in Deutschland aktuell 21 Prozent (Gender Pay Gap).

„Gerecht ist nur, wenn Frauen und Männer für die gleiche bzw. gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. Es kann nicht sein, dass Frauen während ihrer Erwerbstätigkeit immer noch deutlich weniger verdienen als Männer und dann auch noch bei der Rente abgestraft werden. Die Debatte rund um die Bezahlung von Arbeitnehmerinnen einer großen Supermarktkette bei uns im Kreis zeigt, dass Entgeltgleichheit keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Entgeltgleichheit aber eine Gerechtigkeitsfrage und es muss daher unserer Ziel sein Entgeltgleichheit von Männern und Frauen uneingeschränkt sicherzustellen. Weil wir genau das wollen, haben wir während unserer Regierungszeit in NRW etwa Kitas stark ausgebaut, mit dem Landesgleichstellungsgesetz NRW den Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie in Gremien im öffentlichen Dienst erhöht und mit den „Kompetenzzentren Frau und Arbeit“ den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert. Mit dem kürzlich unterzeichneten Koalitionsvertrag setzen wir diesen Weg auf der Bundesebene fort. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit werden wir auf den Weg bringen. Außerdem wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umsetzen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir werden eine Grundrente einführen, die die Altersarmut bekämpft und auch eine Honorierung für die Lebensleistung vieler Frauen darstellt. Das Alles nützt vor allem Frauen und hilft die Lohnlücke zu verkleinern, um das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt abzubauen“, so Stinka.

PASSEND ZU OSTERN: BESICHTIGUNG VON HOF ALTHUES



Was gute Landwirtschaft ausmacht, durfte André Stinka bei seinem Besuch auf Hof Althues erfahren. „Der Hof wird seinem Motto „Lande! sucht Genießer“ mehr als gerecht“, zeigte sich Stinka bei der Führung über den Hof von Geschäftsführer Henrik Althues begeistert. Gute Lebensbedingungen für die Hühner – Käfighaltung gibt es nicht – sowie Transparenz und die familiäre Atmosphäre zeichnen Hof Althues aus. Da für den Geschmack eines Hühnereis die Qualität des Futters auch entscheidend ist, genießen die Hühner auf dem Hof nur gentechnikfreies Futter aus dem Münsterland, das auf dem Hof selbst gemischt wird. Neben Eiern, kann der Hof auch mit Produkten wie Nudeln oder Eier-Likör die Verbraucher überzeugen.

GUTE SCHULE 2020: KOMMUNEN BRAUCHEN MEHR ZEIT BEI DER SANIERUNG VON SCHULEN

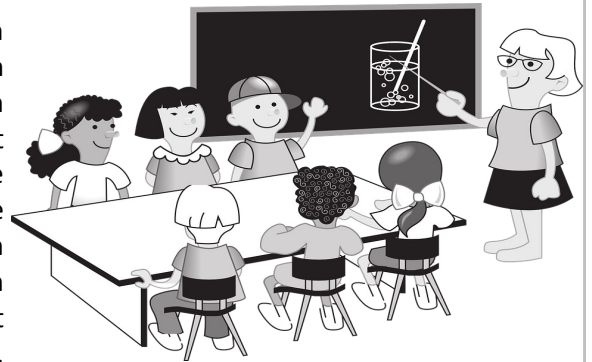


Mit dem von der SPD-geführten Landesregierung eingeführten Programm "Gute Schule 2020" wird den Kommunen eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Sanierung und Modernisierung der Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Die bereitgestellten Mittel werden - trotz großen Interesses in den Kommunen - nicht im erforderlichen Umfang abgerufen. Der Grund: Zum einen gibt es in vielen Städten und Gemeinden aktuell nicht ausreichend Bau- und Planungskapazitäten, um die Sanierung oder Modernisierung zügig auf den Weg zu bringen. Zum anderen kommt es auch durch die aktuell hohe Auslastung bei den Unternehmen der Bauindustrie und des Bauhandwerks zu Verzögerungen. Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, die Frist, in der die von den Kommunen abgerufenen Mittel zur Sanierung, Modernisierung oder für den Ausbau von Schulen verwendet werden müssen, von 30 auf 42 Monate zu verlängern.

[Drucksache 17/2163](#)

RÜCKKEHR ZU G9: LANDESREGIERUNG TRÄGT DEN STREIT IN DIE SCHULEN

Im Jahr 2005 wurde G8 in seiner heutigen Form von der damaligen Mitte-Rechts-Regierung eingeführt. Schwarz-Gelb hat den damaligen Fehler eingestanden und mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Rückkehr zu G9 eingeleitet. Aber es fehlt noch einiges: Das Land überlässt die Entscheidung nach der Länge des gymnasialen Bildungsganges den Schulen; ein Streit, den die Landesregierung selbst nicht austragen wollte. Nach den Herbstferien entscheidet die Schulkonferenz über den Übergang in G9 oder den Verbleib in G8. Eltern entscheiden in dem Fall nicht für ihre Kinder, sondern für eine nachfolgende Schülergeneration. Die SPD-Fraktion setzt sich für individuelle Bildungswege an jedem Gymnasium in NRW ein. Die Oberstufe muss aus unserer Sicht so reformiert werden, dass der Regelfall das Abitur nach neun Jahren ist, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleibt.



[Drucksache 17/1818](#)

OFFENE GANZTAGSSCHULE: UMSETZUNG DES RECHTSANSPRUCHS MUSS GEPLANT SEIN



Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird der individuelle Rechtsanspruch auf einen Platz in der Ganztagsbetreuung bis 2025 angekündigt. Vor diesem Hintergrund muss die schwarz-gelbe Landesregierung schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten, wie der Rechtsanspruch umgesetzt werden soll. Weiterhin ist es erforderlich, die Offene Ganztagschule auch inhaltlich weiterzuentwickeln. Von der Mitte-Rechts-Koalition in NRW hört man hierzu bislang nur wenig. Bei der Einführung des Rechtsanspruchs auf Betreuung ab einem Jahr wurde in NRW seinerzeit ein Krippen-Gipfel einberufen. Dies muss analog auch für den Rechtsanspruch auf

Ganzttag durchgeführt werden. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs bedarf einer gründlichen und soliden Planung.

[Drucksache 17/2164](#)

KULTURPOLITIK: EIN THEMA DER SPD

Wie im letzten Newsletter bereits angekündigt, möchte ich über den gemeinsamen Austausch mit unserem kulturpolitischen Sprecher Andreas Bialas MdL, unserem parlamentarischen Geschäftsführer und stellvertretenden Landesvorsitzenden der NRW-SPD Marc Herter MdL und dem Vorsitzenden des Kulturforums der Sozialdemokratie Münsterland e.V. Peter Amadeus Schneider zum Themenbereich Kulturpolitik informieren: Die Kulturpolitik wird in



den nächsten Jahren eines der Schwerpunktthemen der SPD sein – darin waren sich die Teilnehmer bei einem Gespräch im Düsseldorfer Landtagsgebäude einig.

„Sowohl in der SPD-Landtagsfraktion als auch im Parteivorstand werden Kultur, Kulturförderung und Kulturelle Bildung eine wichtige Rolle spielen!“ betonten sowohl Marc Herter als auch Andreas Bialas.

„Es geht um die Teilhabe an der Kultur. Die Kultur muss erreichbar sein“, sagte André Stinka. „Man muss große Anstrengungen unternehmen, damit sowohl in den Städten wie auch in den ländlichen Regionen – wie im Kreis Coesfeld – alle sich an der Kultur beteiligen können – als Aktive wie auch als Nutzer.“ Die finanzielle Erreichbarkeit muss ebenso gesichert werden wie die geografische und die mentale Erreichbarkeit.

„Neben der unmittelbaren Kulturförderung muss ein besonderes Augenmerk auf der Kulturellen Bildung liegen“, sagte Peter Amadeus Schneider. „Das muss schon im Kindesalter beginnen.“ Es sollte diskutiert werden, ob die

außerschulische kulturelle Bildung nicht ähnlich unterstützt werden könnte wie die Weiterbildung: Mit dem Weiterbildungsgesetz NRW hat man gute Erfahrungen gemacht.

Die Arbeitsbedingungen der Künstlerinnen und Künstler müssen genau betrachtet werden. „Es kann nicht sein, dass zum Beispiel bildende Künstler, Schauspieler oder Musiklehrer zunehmend in prekäre Lebensverhältnisse geraten. Und das, obwohl viele von ihnen ein mehrjähriges Studium absolviert haben. Langfristig führt das zu einer erheblichen Verarmung der Kulturszene in unserem Staat, da immer weniger Menschen eine künstlerische Berufstätigkeit anstreben.“ Darin waren sich die Gesprächsteilnehmer ebenso einig wie bei der Absicht, auf die Künstlerinnen und Künstler zuzugehen, um das Gespräch zu suchen. „Künstlerinnen und Künstler müssen in der SPD ihre Heimat erkennen können.“ „Deshalb wird der SPD Unterbezirk Coesfeld zu einem offenen Austausch mit Künstlerinnen und Künstlern aus dem Kreis Mitte des Jahres einladen“, so André Stinka.

BESUCH BEI EUREGIO IN GRONAU

Intensive Gespräche, wie die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg noch besser gelingen kann, führte André Stinka mit dem Geschäftsführer der EUREGIO, Christoph Almering. Die EUREGIO ist ein Zusammenschluss von 129 deutschen und niederländischen Gemeinden, die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im Grenzgebiet durch bessere Kooperation stärken möchte. Bei dem Austausch ging es daher um Themen wie die grenzüberschreitende Arbeitskräftevermittlung, gemeinsame Kulturarbeit und den Tourismus. In diesen Bereichen, so Stinka, funktioniere Europa in der Region bereits sehr gut. Durch die EUREGIO verbessere sich das Leben der Menschen ganz konkret. „Europa ist lebendig!“ lautet darum das einhellige Fazit beider Gesprächspartner.



WEITERE INFORMATIONEN

V.i.S.d.P. André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf